

Neudruck

Antrag

des Abgeordneten Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Personeller Neuanfang bei der Erarbeitung eines neuen Kommunalabgabenrechtes

Seit Beginn der Kommunalabgaben-Misere gibt es eine sehr begrenzte Anzahl so genannter Rechtsexperten, welche die Gremien der Landesregierung, die Gremien des Landtags, und auch noch parallel als Rechtsberater und Auftragnehmer der Aufgabenträger, maßgeblich an dem Rechtskonstrukt des Kommunalabgabengesetz des Landes Brandenburg und seiner bisher 19 Änderungen und Anpassungen mitgewirkt haben.

Mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes, vom 12. November 2015 (- 1 BvR 2961/14 und 1 BvR 3051/14 -) erklärte nun das Bundesverfassungsgericht eine rückwirkende Beitragserhebung und damit essentielle Passagen des KAG für verfassungswidrig.

Ganz offensichtlich waren die Landesregierung, der Landtag und die Aufgabenträger nicht nur nicht gut beraten, sondern wurden wohl, so steht zu befürchten, ausgenutzt. Am Kommunalabgabengesetz wurde über die vergangenen Jahre wohl gut verdient.

Wenn es einen wirklichen Neuanfang geben soll, bzw. geben muss, dann muss es auch einen personellen Neuanfang geben.

Es darf nicht passieren, dass gemäß dem Motto „Alter Wein in neuen Schläuchen“ dieselben Rechtsexperten weiter an den nun notwendigen Gesetzesnovellen arbeiten, die die heutige Situation mit ihren „Expertisen“ herbeigeführt und zu vertreten haben.

Es ist schlechterdings der Bevölkerung nicht zu erklären, warum die Leute die sich dieses verfassungswidrige Konstrukt ausgedacht, beraten und verteidigt haben, jetzt diejenigen sein sollen, die nun verfassungskonformes Recht schaffen sollen.

Der Landtag möge beschließen:

Zur Novellierung des Kommunalabgabengesetzes wird die Landesregierung beauftragt:

1. Unabhängige und am bisherigen KAG Gesetzgebungsverfahren nicht beteiligte Rechtsexperten zu Rate zu ziehen.

2. Die Abwasser-Bürgerinitiativen und Zweckverbände im Land Brandenburg real und belastbar in die Neuerarbeitung eines Brandenburgischen-KAG einzuladen und einzubeziehen.

Begründung:

In der Vergangenheit wurden die Landesregierung und der Landtag offensichtlich nicht richtig durch die Rechtsexperten beraten. Es gab und gibt zahlreiche Verquickungen.

In der Vergangenheit gab es zahlreiche Juristen, Rechtsexperten, aber auch Vertreter der Bürgerschaft, die die jetzige Situation jahrelang vorausgesehen haben und deutlich darauf aufmerksam gemacht haben.

Die Landesregierung sollte Rahmenbedingungen schaffen, die die Anhörung und Einbeziehung derer regelt, die in der Vergangenheit im „Rechtsempfinden“ richtig gelegen haben.

Ein „weiter so“ mit den in Rede und Abhängigkeit stehenden bisherigen Rechtsexperten wird die Situation nicht befrieden und keinen umfassenden Rechtsfrieden schaffen.

Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe